

## AUTONOME LINKSEXTREMISTEN

### Sitz/Verbreitung

Landesweite Verteilung mit lokalen Schwerpunkten in Ballungszentren

### Gründung/Bestehen seit

Ende der 1970er- beziehungsweise Anfang der 1980er-Jahre aus der Studentenbewegung der 1968er-Jahre, der „Sponti“-Szene der 1970er-Jahre und der Punk-Subkultur entstanden

### Struktur/ Repräsentanz

Weitgehend hierarchiefreie Netzwerke mit themen- oder aktionsbezogener Ausrichtung; überregionale Treffen, Chat- oder Telefonkonferenzen mit Delegierten örtlicher oder thematisch gebundener Zusammenhänge; Internet als offenes Kontaktmedium

### Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2025

circa 1.100 ↗

### Veröffentlichungen

Hauptsächlich Veröffentlichungen in szenebезogenen Internetportalen, Internetblogs und sozialen Netzwerken

### Kurzporträt/Ziele

Die **linksautonome Szene** als bekannteste Subkultur im Linksextremismus definiert ihre Ziele vorrangig durch Gegenproteste, wohingegen eine gemeinsame Zielsetzung – abgesehen von der Eroberung sogenannter Freiräume – kaum festzustellen ist. Staatliche Strukturen, insbesondere Hierarchien und das staatliche Gewaltmonopol, werden zugunsten eines „selbstbestimmten Lebens“ abgelehnt. Gleichzeitig wenden **Autonome** zur Durchsetzung ihrer Auffassung auch ent-

hemmte Gewalt gegen Meinungsgegner an und versuchen damit, diese einzuschüchtern und gesellschaftliche Diskurse nach ihren Vorstellungen zu steuern.

### Finanzierung

Ereignis- oder anlassbezogene Finanzierung von Kampagnen durch Solidaritätskonzerte und -partys oder Spenden

### Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Insbesondere die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols und der rechtsstaatlichen Ordnung durch die **linksautonome Szene** bei gleichzeitiger Befürwortung von Gewalt zur Erreichung der eigenen politischen Ziele ist nicht vereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die **Autonomen** werden daher nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW durch den Verfassungsschutz NRW beobachtet.

### Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

#### Antifaschismus

Das Themenfeld Antifaschismus spielte im Berichtszeitraum auch weiterhin eine hervorgehobene Bedeutung für die linksextremistische Szene in Nordrhein-Westfalen und bundesweit. Der von der Szene propagierte Kampf gegen vermeintlich identifizierte Faschisten stellt für viele Linksextremisten eine Antriebsfeder für das eigene Engagement in der Szene dar. Dass dieses antifaschistische Engagement von Linksextremisten teilweise über das friedliche Demonstrieren hinausgeht, wurde bei einigen Ereignissen in Nordrhein-Westfalen sichtbar, die im Folgenden dargestellt werden.

Am 18. Januar 2025 kam es in Aachen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen linksextremistischen Demonstranten und der Polizei. Bei Protesten gegen eine Kundgebung aus dem rechten Lager unter dem Motto „für Recht und Ordnung, gegen Linksextremismus und politisch motivierte Gewalt“ blockierten Linksextremisten den Demonstrationszug der rechten Versammlung. Es wurden vielfältige Straftaten verübt. Dabei wurden unter anderem Polizistinnen und Polizisten mit Gegenständen beworfen und mit Pyrotechnik beschossen und es kam zu vereinzelt Flaschenwürfen aus dem Demonstrationsgeschehen heraus. Vier Polizisten wurden leicht verletzt, blieben aber dienstfähig. Durch den massiven

Polizeieinsatz wurde ein direktes Aufeinandertreffen der beiden politischen Lager verhindert. Dabei kam es von Seiten der Polizei auch zur Anwendung von Schlagstöcken, um die Demonstranten zurückzudrängen. 150 Teilnehmern der rechten Demonstrationen standen dabei rund 7.700 Demonstranten aus dem linken Lager gegenüber, darunter zahlreiche Linksextremisten. Die Polizei sprach hinterher von

circa 600 gewalttätigen Straftätern, die sich an den Protesten gegen die rechte Versammlung beteiligt hätten.

Gegen eine Wahlkampfveranstaltung der *AfD* im Zuge der Bundestagswahl regte sich am 15. Februar 2025 in Düsseldorf erneut massiver Protest, der durch ein hohes Polizeiaufkommen jedoch überwiegend fried-



Bei Protesten gegen eine Kundgebung unter dem Motto „für Recht und Ordnung, gegen Linksextremismus und politisch motivierte Gewalt“ blockierten Linksextremisten den Demonstrationszug

lich blieb. Nach polizeilichen Schätzungen nahmen circa 13.000 Personen an den Protesten teil, darunter im Rahmen des organisierenden Bündnisses „Düsseldorf stellt sich quer“ neben bürgerlichen Gruppen und Organisationen abermals einige linksextremistische Antifa-Gruppen. Einige Durchbruchversuche zur Versammlung der *AfD* von einzelnen Teilnehmern konnten unterbunden werden. Dabei kam es zu vereinzelt Widerstandshandlungen seitens der Protestteilnehmer. Das hohe Mobilisierungspotenzial bis hinein in das linksextremistische politische Lager gegen Versammlungen der *AfD* wurde an diesem Tag in Düsseldorf einmal mehr offenbar.

In Essen fand am 15. März 2025 eine Demonstration der rechtsextremistischen Partei **Die Heimat (ehemals NPD)** sowie der Gruppe **Jung und Stark** statt. Diese wurde begleitet von massiven Protesten. Die linksextremistische Szene hatte hierzu breit mobilisiert. Am Ende schlossen sich rund 1.000 Teilnehmer den Protesten an, um die Demonstration aus dem rechtsextremistischen Lager zu stören.

Aus den Protesten heraus erfolgten Angriffe auf Polizeibeamte und Versuche, die Polizeisperren zu durchbrechen.

Die Mobilisierung zu den Protesten in Essen emotionalisierte die linksextremistische Szene nicht zuletzt deshalb, weil die Partei **Die Heimat** eine Anlaufstelle in Essen-Kray besitzt und seit 2025 monatlich zu sogenannten Offenen Abenden einlädt. Seitdem gibt es auch im Nachgang zu den Protesten am 15. März 2025 in regelmäßigen, zumeist monatlichen Abständen Versammlungen gegen die Errichtung der rechtsextremistischen Anlaufstelle in Essen. Auch bei diesen Versammlungen wurde immer wieder der Vorwurf einer Ausübung von Polizeigewalt gegenüber den Demonstranten in die Öffentlichkeit getragen. Als Organisator der Proteste fungiert zumeist das Bündnis „Essen stellt sich quer“, das bürgerlich geprägt ist. Linksextremisten nutzen diese Mobilisierung jedoch regelmäßig, um sich den Protesten anzuschließen.

Am 31. Mai 2025 trafen in Münster abermals Demonstrationzüge aus dem rechten und linken politischen Lager aufeinander. Anlass war die Anmeldung einer rechten Demonstration unter dem Motto „Gemeinsam für Deutschland“ mit rund 100 Teilnehmern. Demgegenüber protestierten circa 2.000 Personen, die durch das bürgerlich geprägte Bündnis „Keinen Meter den Nazis“ mobilisiert wurden. Unter den Protestierenden befanden sich wiederum auch Linksextremisten, unter anderem rief das linksextremistische Internetportal **Klasse gegen Klasse** zur Teilnahme an den Protesten auf.

Am Abend vor der Demonstrationstage kam es in Dortmund zu einem Überfall mit schwerem Landfriedensbruch und Sachbeschädigung auf die Kneipe „HirschQ“. Dabei wurden mehrere Tatverdächtige aus der Dortmunder rechtsextremistischen Szene festgenommen. Im Anschluss hieran veröffentlichte die linksextremistische Gruppe **Mean Streets Antifa Dortmund** Fotos von mehreren Tatverdächtigen aus der rechtsextremistischen Szene. Der Überfall auf die Kneipe führte bei den darauffolgenden Versammlungslagen in Nordrhein-Westfalen zu einer zusätzlichen Emotionalisierung der linksextremistischen Szene. So auch am 28. Juni 2025, als in Dortmund wiederum eine rechte Demonstration unter dem Motto „Gemeinsam für Deutschland“ stattfand. Gegen circa 75 rechte Teilnehmer protestierten knapp

200 Gegendemonstranten. Hierbei kam es zu Widerstandshandlungen und einem Angriff auf einen Polizeibeamten seitens der Gegendemonstranten. Die lokale Antifa hatte zu den Protesten aufgerufen.

Am 13. September 2025 war Münster erneut Schauplatz einer Rechts-/Links-Versammlungslage. Die Partei **Die Heimat** hatte eine Demonstration mit etwa 70 Teilnehmern durchgeführt, der sich mindestens 600 Personen an unterschiedlichen Stellen in der Stadt entgegenstellten. Seitens der Gegendemonstranten wurden mehrere Farbbeutel in Richtung der rechtsextremistischen Demonstration geworfen. Drei Demonstranten und 23 Polizisten wurden von den Farbbeuteln getroffen.

Wie sehr die nordrhein-westfälische linksextremistische Szene vernetzt ist, zeigt ein Beispiel aus Koblenz (Rheinland-Pfalz), wo am 26. April 2025 linksextremistische Teilnehmer aus Nordrhein-Westfalen in hohem Maße für mehrere strafrechtlich relevante Ereignisse im Rahmen eines Protestes gegen eine rechte Demonstration unter dem Motto „Gemeinsam für Deutschland“ verantwortlich zeichneten. Mehr als 40 Strafverfahren wurden eingeleitet und insgesamt sind 17 Personen in Gewahrsam genommen worden, die die angesprochene Versammlung stören wollten. Dabei handelte es sich überwiegend um Linksextremisten aus Nordrhein-Westfalen.

### Angriffe auf Einrichtungen der kritischen Infrastruktur

Angriffe auf Einrichtungen der kritischen Infrastruktur variieren in ihrer Tatbegründung. Ein wesentliches Merkmal linksextremistischer Taten und essentiell für die Anerkennung innerhalb der Szene ist die Einbettung der Tat in einen Begründungszusammenhang. Daher werden linksextremistische Sabotageakte oftmals durch Selbstbeichtigungsschreiben in die Öffentlichkeit getragen, um letztlich zu vermeiden, als Akte der Willkür wahrgenommen zu werden und andere potenzielle Täter für weitere Taten zu animieren. Dies zeigt sich insbesondere bei der linksextremistischen Mitmachkampagne **Switch Off**.

In einem auf **de.indymedia.org** veröffentlichten Rückblick auf zwei Jahre **Switch off** am 1. August 2025 wird eine im Ergebnis positive Bilanz gezogen: „Bis zu

einem gewissen Grad ist es uns sicher gelungen, direkte Aktion und Sabotage in der Strategiedebatte der Klimabewegung als Methoden im Kampf gegen die Zerstörung der Erde mehr zum Thema zu machen“. Nach einem Diskurs über „Faschisierung, Militarisierung und Grenzpolitik“ wird resümiert: „Wir wissen, dass die Herrschenden uns handlungsunfähig, machtlos und ohnmächtig sehen wollen, doch wir werden ihnen diesen Gefallen nicht tun. Wir wollen den Staat und seine Gesellschaft abschaffen“.

Im Berichtszeitraum wurden in Nordrhein-Westfalen mehrere Sabotagehandlungen auf Einrichtungen der kritischen Infrastruktur mit zum Teil erheblichen Schadenssummen und Auswirkungen auf die Öffentlichkeit verübt.

In 2025 wurde auf der Website der Kampagne **Switch off** unter der Überschrift „Steine und Farbe in Solidarität mit Maja und gegen den Veteranentag!“ eine Aktion aufgegriffen, bei der der Eingangsbereich einer in Wuppertal ansässigen Logistikfirma mit Farbe und Steinen „markiert“ und die Firma als „Kriegsprofiteur“ angeprangert wurde.

Am 24. Januar 2025 setzten unbekannte Täter ein Stromkabel der Deutschen Bahn in Düsseldorf in Brand, das sich in einem Kabelgraben neben der Gleisanlage befand und mit losen Betonplatten bedeckt war. Die Strecke wird ausschließlich durch den Güterverkehr zwischen Köln und Düsseldorf genutzt. In der Folge kam es zu Signalausfällen, Streckensperrungen und entsprechenden Zugausfällen. Es entstand ein hoher Sachschaden, dessen konkrete Höhe unbekannt ist. Dieser Vorfall reiht sich ein in eine Serie bundesweiter Vorfälle von Straftaten zum Nachteil der Deutschen Bahn. Zu der Tat bekannte sich das **Kommando Angry Birds**. Bei diesem Label handelt es sich um eine linksextremistische Gruppe, die in den letzten Jahren mehrfach für Sabotagehandlungen in Nordrhein-Westfalen, schwerpunktmäßig im Düsseldorfer Raum und im weiteren Rheinland, verantwortlich war. Dabei sind die Ziele oftmals im Bereich „Energie und Verkehr“ zu verorten.

Ende Mai 2025 wurde ein Selbstbeichtigungsschreiben auf **de.indymedia.org** sowie **switchoff.noblogs.org** veröffentlicht, worin unbekannte Täter sich gegen Technologie, technologische Machtmittel und gewaltsame Anpassung aus-

sprechen. Als „kleinen symbolischen Beitrag“ habe man daher an „3 Funkmasten in Langenfeld, Erkrath und zwischen den Industriegebieten „Auf dem Sand“ und „Hül- sen“ in Hilden Brandsätze angebracht“.

Am 31. Juli 2025 gab es einen Brandanschlag auf der Nord-Süd-Hauptstrecke der Deutschen Bahn zwischen Duisburg und Düsseldorf, wodurch der Bahnverkehr massiv beeinträchtigt wurde. Dabei wurde ein Kabelkanal in Brand gesetzt. Hierdurch kam es zu einer hohen Schadenssumme für die Deutsche Bahn und bis zum 2. August 2025 zu erheblichen Einschränkungen (Zugausfälle und stundenlange Verspätungen) für zehntausende Reisende auf einer der meistbefahrenen Zugstrecken Deutschlands. Fernzüge mussten umgeleitet werden.



In Düsseldorf wurde neben der Bahnstrecke Feuer in einem Kabeltunnel gelegt, der sechs Kabel in Mitleidenschaft zog

Zu der Tat hat sich wiederum die Gruppierung **Kommando Angry Birds** bekannt. Diese veröffentlichte ein Bekenner schreiben auf **de.indymedia.org** und auf **Switch off**. Die Täter wollten hierdurch offenbar den europäischen Wirtschaftsraum treffen. Das erschienene Selbstbezeichnungsschreiben reiht sich ein in einen für

diese Kampagne typischen anarchoprimitivistischen Duktus. Der Anarchoprimitivismus stellt eine Strömung im Linksextremismus dar, die eine Rückkehr zur vorindustriellen Zeit anstrebt und daher als technologiefeindlich anzusehen ist. Im Begründungszusammenhang des Naturschutzes soll jegliche industrielle Infrastruktur sabotiert werden, um der Natur vermeintlich wieder den berechtigten Vorrang vor dem Menschen und seiner Industrie einzuräumen.

Anlagen der Deutschen Bahn sind dabei aus Sicht der Täter ein geeignetes Ziel, da die Infrastruktur zumeist im Freien liegt und entfernt von möglichen Zeugen der Tat. Linksextremisten bevorzugen in der Regel jene Ziele, die bei geringstmöglichem Risiko den größtmöglichen Schaden versprechen. Viele Schadensobjekte befinden sich ungesichert im Freien oder auf nur vergleichsweise gering gesichertem Gelände, wie auch in diesem Fall. Durch die Nutzung des Labels einer Mitmachkampagne wird eine personenbezogene Zuordnung zu solchen Straftaten erschwert. Es besteht lediglich der oben beschriebene propagierte Begründungszusammenhang, der als Motivation für potenzielle Täterinnen und Täter dienen soll. Insgesamt lässt sich feststellen, dass es der Kampagne **Switch Off** gelungen ist, innerhalb von knapp über zweieinhalb Jahren eine strömungsübergreifende, auf Langfristigkeit angelegte Initiative aufzubauen, die sich deutschlandweit bereits mehrfach zu Straftaten bekannt hat. Die Angriffe sollen einen weltweiten Widerstand mit darauffolgender sozialer Revolution initiieren, in deren Anschluss alle Menschen in Herrschaftsfreiheit und ohne Ausbeutung von Mensch und Natur leben können. Zum anderen soll durch die Angriffe Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen genommen werden, wenn es beispielsweise um die Verhinderung der Ansiedlung oder den Ausbau großer Unternehmen geht, was langfristig auch einen gesamtgesellschaftlichen Nachteil für den Wirtschaftsstandort Deutschland darstellt.

Die vergangenen Aktionen und verübten Straftaten im Zusammenhang mit der Initiative **Switch off** und das als hoch einzuschätzende Mobilisierungspotenzial lassen den Schluss zu, dass auch künftig mit weiteren Aktionen und Straftaten in und außerhalb von Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit **Switch off** zu rechnen ist.

#### Waldbesetzung am Tagebau Hambach und Räumung des Sündenwäldchens

Im Nahbereich des Tagebaus Hambach im Rheinischen Braunkohlerevier hielt die Besetzung des Manheimer Erbwaldes oder auch „Sündenwäldchens“ weiter an, bis das Waldstück am 18. November 2025 geräumt und das letzte verbliebene Teilstück des Areals gerodet wurde. Im Berichtszeitraum kam es in Folge der andauernden Waldbesetzung zu mehreren Straftaten zum Nachteil des Tagebaubetreibers RWE AG.



Polizisten begleiten Aktivisten aus dem sogenannten Sündenwäldchen am Rande des Tagebaus Hambach im Hambacher Forst

Am 15. Januar 2025 wurden insgesamt sieben Pumpanlagen und deren Elektroeinheit des Tagebaus Hambach durch unbekannte Täter beschädigt. So wurde das Plastik-Display einiger Pumpen eingeschlagen, einige Container gewaltsam aufgebrochen und in einem Fall ein Steuerungselement daraus entfernt. Insgesamt fielen elf Pumpen aus. Bei einer Kontrollfahrt am 21. Januar 2025 wurde festgestellt, dass eine weitere Pumpanlage durch Inbrandsetzung zerstört wurde. Am 15. Januar 2025 wurde auf den Internetseiten **de.indymedia.org** und **switchoff.noblogs.org** ein Selbstbeichtigungsschreiben mit der Überschrift „Mehrere Pumpstationen von Tagebau Hambach sabotiert“ veröffentlicht.

Am 30. Januar 2025, im Vorfeld beginnender Rodungsarbeiten am sogenannten „Sündenwäldchen“ durch die Firma RWE AG, zerstörten unbekannte Täter eine Brunnenanlage, indem sie diese in Brand setzten. Dazu wurden an dem geöffneten Container, in dem sich die Elektronik der Anlage befindet, Äste aus dem nahe liegenden Waldbereich aufgestapelt und entzündet. Der Container brannte vollständig aus.

Am 14. Februar 2025 wurde zudem eine Trafostation auf dem RWE-Gelände von vermummten Personen in Brand gesetzt. Am 17. Februar 2025 erfolgte ein Kabeldiebstahl an einer Brunnenanlage der Firma RWE AG. Einen Tag später begingen abermals unbekannte Täter eine Sachbeschädigung durch ein Feuer an einer Brunnenanlage im Bereich der Rodungsarbeiten.

Am 28. Januar 2025 lehnte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster die Klage des BUND um die Aussetzung der Vollziehung des RWE-Hauptbetriebsplans für den Braunkohletagebau Hambach ab. Somit erlaubte das Gericht die Rodung des Manheimer Erbwaldes. Am Folgetag begann die RWE AG mit ersten Rodungsarbeiten ohne polizeilichen Großeinsatz. Bis auf die besetzten und umliegenden Bäume inklusive der Bauwerke gelang es der RWE AG mit einem privaten Sicherheitsunternehmen, das komplette Manheimer Fließ und den Manheimer Erbwald zu roden. Vor Ort befindliche Personen stammten wie in der Vergangenheit aus der nicht-extremistischen Umweltbewegung sowie aus einem extremistischen, gewaltbereiten Milieu, das die Baumstrukturen bewohnte und eine Nähe zum Personenkontext des Hambacher Forstes aufwies. Dabei kam es zu Zusammenstößen zwischen Extremisten und dem RWE-Sicherheitsdienst sowie zu Sachbeschädigungen und Brandanschlägen. Am 18. November 2025 wurde der letzte noch etwa ein Hektar große Teil des Erbwaldes geräumt und gerodet. Dabei hielten sich bis zuletzt Waldbesetzer in mehreren eigens errichteten Strukturen auf. Im Einsatzverlauf kam es zu Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte, Sachbeschädigungen und Hausfriedensbrüchen.

#### Gerichtsverfahren im sogenannten „Budapest-Komplex“ am Oberlandesgericht Düsseldorf

Nach den linksextremistischen Überfällen auf mutmaßliche Teilnehmer einer rechten Demonstration in Budapest (Ungarn) im Februar 2023 wurden die meisten Tatverdächtigen mittlerweile in Gewahrsam genommen oder haben sich selbst gestellt. Die hieraus erfolgenden Gerichtsverfahren werden an den Oberlandesgerichten Dresden und Düsseldorf geführt. Die im Zuge dessen bereits erfolgten Verlegungen der Personen in nordrhein-westfälische Justizvollzugsanstalten haben 2025 zu ersten Solidaritätsaktionen und -versammlungen geführt. In Düsseldorf hat sich hierzu eine lokale Budapest-Solidaritätsgruppe gebildet, die aller Voraus-

sicht nach künftige Aktionen organisieren wird und die linksextremistische Szene hierfür mobilisieren möchte. Durch die herausgehobene bundesweite Bedeutung des „Budapest-Komplexes“ für die Szene und die als richtungsweisend erwarteten späteren Urteile ist mit einem hohen Interesse der lokalen Szene und über-regionaler Akteure zu rechnen. Düsseldorf wird dabei als einer der beiden Verhandlungsorte im Blickfeld der Szene sein.

### Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Im Berichtszeitraum zeigt sich ein zunehmender Trend zur Aktionsorientierung von Linksextremisten in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Bereich des Antifaschismus. Dabei spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Im Antifaschismus lässt sich aus linksextremistischer Sicht schon seit einigen Jahren ein klares Feindbild herausstellen. Die Partei *AfD* befördert auf Bundesebene durch ihre zunehmenden Wahlerfolge und die damit verbundene erhöhte Thematisierung in der Öffentlichkeit eine hohe Emotionalisierung innerhalb der linksextremistischen Szene. Im Narrativ linksextremistischer Akteure werden historische Vergleiche zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland gezogen und fördern dadurch das dringende Bedürfnis, dem gefühlten Rechtsruck der Gesellschaft etwas entgegenzusetzen zu wollen. Dabei wird zunehmend die Grenze von friedlichem Protest durch die Begehung von Straftaten aus dem Versammlungsgeschehen heraus überschritten. Dies dokumentieren die zahlreichen Versammlungslagen und Berichte der Polizei im abgelaufenen Jahr. Oftmals ist die Sicherstellung der für alle politischen Lager grundgesetzlich geschützten Versammlungsfreiheit nur durch ein hohes Aufkommen von polizeilichen Einsatzkräften möglich. Bei Bekanntwerden rechter Versammlungen wird ein Protest seitens der linksextremistischen Szene entweder schnell selbst organisiert oder die linksextremistische Teilnahme durch die Anbindung an bürgerlich geprägte lokale Bündnisse sichergestellt. Die hohe Mobilität und der Vernetzungsgrad linksextremistischer Akteure wird an dieser Stelle offenbar.

Diese Entwicklung wird auch durch das in Nordrhein-Westfalen mittlerweile nahezu flächendeckende Netzwerk an Strukturen sogenannter **„Offener Antifaschistischer Treffen“** befördert. In vielen größeren Städten Nordrhein-Westfalens haben sich in den letzten Jahren diese Strukturen gebildet. Sie dienen als

niedrigschwellige Anlaufstellen für die Rekrutierung neuer Personen für die linksextremistische Szene. Öffentlich beworbene regelmäßig stattfindende „Offene Treffen“ ermöglichen für jedermann einen Zugang zu Personen und Gruppen aus der linksextremistischen Szene. Die Form dieser Treffen kann variieren und reicht von einfachen Kneipenabenden, anlassbezogenen Vortragsveranstaltungen hin zu konkreten Skillshare-Workshops für geplante antifaschistische Proteste. Dabei werden neue Personen zielgerichtet an bestehende linksextremistische Narrative und Aktionsformen herangeführt.

Gesellschaftliche und politische Entwicklungen, wie beispielsweise eine länger andauernde angespannte wirtschaftliche Lage, Diskussionen über die Wiedereinführung einer Wehrpflicht oder die bereits andauernden Kriege im Ausland verstärken gleichzeitig auch die Polarisierung hinein in das linke politische Lager. Linksextremisten verstärken ihre Aktivitäten durch die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft.

Bei den thematisierten Versammlungslagen, bei denen die politischen Lager aufeinandertreffen und die Versammlungsfreiheit als ein hohes demokratisches Gut der *fdGo* durch den Einsatz der Polizei bewahrt werden muss, wird die Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (*fdGo*) in der Praxis und für die Bürger sichtbar. Die Fronten sind dabei zunehmend emotionalisiert und verhärtet. Dieser Trend wird sich, sofern sich in einigen der angesprochenen gesellschaftlichen und politischen Felder keine oder nur als unzureichend empfundene Lösungen ergeben, in dieser Form aller Voraussicht nach fortsetzen, da die linksextremistische Szene nicht zuletzt darum kämpft, die Hegemonie ihrer Denkmuster zu erringen.